

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannstraße 53.

Veränderungen der Redaction:  
Dienstag 10—12 Uhr.  
Mittwoch 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Büchern für Zeit-Annahme:  
C. H. Riemann, Unterstadtstr. 22.  
Dienstag 10—12 Uhr, Mittwoch  
früh bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 260.

Mittwoch den 17. September 1879.

73. Jahrgang.

Anlage 16.000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4/2 Rth.,  
incl. Frachtlohn 5 Rth.,  
durch die Post bezogen 6 Rth.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Besonderer Preis 10 Pf.  
Schreiben für Extrablätter  
ohne Postförderung 30 Pf.,  
mit Postförderung 45 Pf.

Interate 5 Grsp. Zeitungs 20 Pf.  
Größere Schriften laut unterm  
Preisverzeichnis. — Tabellarisch  
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck  
die Spalte 40 Pf.  
Interate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Abhatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postnachsch.

## Öffentliche Plenarsitzung der Handelskammer

Freitag, den 19. September d. J., Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaal, Neumarkt 19, 1.  
Tagesordnung.

- 1) Register.
- 2) Bericht des Zoll- und Steuer-Ausschusses über a. die Verordnung des königl. Ministeriums des Innern und die Vorlage des Handelsrats-Ausschusses, das amtliche Waarenverzeichnis zum Zolltarife betr.; b. die Verordnung des königl. Ministeriums des Innern, das amtliche Waarenverzeichnis betr.; c. die Petitionen der Handelskammern zu Genua und zu Wien, die Verlängerung der Zollcredits bet.; d. die Petition der Handelskammer zu Wien, den Weingehalt betr.
- 3) Ausschussbericht über a. die Rathvorlage, die Verlegung des Anfangs der Neujahrsmesse betr.; b. den Antrag des Herrn Gehdenreich, die Abklärung der Messen betr.; c. den Antrag des Herrn Vorens, das Ein- und Auslaufen der Messen betr.
- 4) Bericht des Vertheilungsausschusses über die Petition des Sächsischen Schiffervereins und Gen., die Art der Zoll-Abfertigung des Petroleum in Hamburg betr.
- 5) Ausschussbericht über die Petition der Handelskammer zu Breslau, Vorschriften für den Petroleumhandel betr.
- 6) Bericht des Wahlausschusses, Abordnung eines Mitgliedes zu dem Comité für die Wiedereinsetzung der Drechsler und Holzbildhauer Deutschlands und Oesterreichs betr.

## Königliche Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule zu Leipzig.

Die Studien im Winterhalbjahr 1879/1880 beginnen

Donnerstag, den 2. October c.

Die Tagescurse früh 8 Uhr,  
die Abendcurse um 6 Uhr.

Der Lehrplan umfasst alle Unterrichtsgebiete des Kunstgewerbes.  
Nachdem das hohe königliche Ministerium des Innern in Würdigung des aus dem drückenden Verhältnisse sich ergebenden Bedürfnisses die Veranstaltung größerer Studienräume genehmigt hat, ist neben dem theoretischen Unterricht durch Einrichtung von Lehrwerkstätten für die verschiedenen Kunst- und Kunstgewerbegebiete zugleich die praktische Ausbildung ermöglicht.

Anmeldungen zur Aufnahme sind bis spätestens den 27. September c. in der Expedition der königlichen Kunstakademie und Kunstgewerbeschule, weißlicher Platz der Pleißenburg, 2. Etage, Nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr zu bewirken.  
Leipzig, den 1. September 1879.

Der Director

der königlichen Akademie der bildenden Künste und Kunstgewerbeschule.  
Prof. A. Rieper.

## Nationalfeste.

Es liegt dem deutschen Volke im Geblüte, jede feierliche Gelegenheit zu benutzen, um dem Gesühle der nationalen Zusammengehörigkeit durch das Feiern von Festen Ausdruck zu geben. Selbst zu jener trübseligen Zeit, als noch der jetzt glücklicherweise verfliegene Bundestag die Majestät des Reiches vertretend, trat dieser Zug mit Allgemal hervor. So feierte man auch die Turner-, Sänger- und Schützenfeste beiläufig, sie wurden gefeiert und mit Begeisterung gefeiert, sie waren die Zeit das in Leipzig abgehaltene deutsche Turnfest. Inzwischen ist die Zeit eine andere geworden, das Bedürfnis ist aber das gleiche geblieben. Und so beschäftigt man sich denn jetzt in den Volkshilfsvereinen, deren Arbeitszeit wie diejenige aller gemeinnützigen Vereine nun wieder beginnt, mehr und mehr mit der Festhaltung der öffentlichen Feste, wie z. B. namentlich auf dem nordwestdeutschen Bildungsvorstellung zu Harburg. Die Frage ist auch von nicht geringer social-politischer Wichtigkeit und offenbar die Gedanke der in allgemeiner Anregung gebracht worden. Wer ein Nationalfest wie dieses nicht bloß gedankenlos mitbegeht, sondern in Herz und Sinn aufnimmt, dem muß die Schaulust der gewöhnlichen sogenannten Volksfeste aus alter Zeit, der Kirchenweihen, Jahrmärkte u. s. f. doppelt unerträglich anmuten. Aber auch an den meisten Vereinskreisen wie den Turner- und Sängervereinen, den Tischgesellschaften und Ausstellungen läßt sich der Unterhalt und die Vergnügen dienende Theil gewöhnlich noch weit weitgehend, würdevoll und anziehender zugleich gestalten. Die richtige Betheiligung der Frauen beispielsweise und der Jugend ist da in der Regel noch nicht erreicht. Von dieser unmittelbaren Aufgabe aus, meinte man am 7. September in Harburg, sollten die Bildungsbereine weiter gehen zu der schwereren und bedeutungsvolleren, auf die bestehenden alljährlichen Volksfeste einen verjüngenden, stützenden Einfluß zu üben. Da sie sich auf ihrer heutigen Entwicklungsstufe ja nicht mehr darauf beschränken, ihre Mitglieder fortzubilden zu wollen, sondern ihr Augenmerk das ganze bildungsbedürftige Volk ist, so liegt es ihnen ob, nicht nur die Vereine ihre Tätigkeit zu spannen vermögen, — da ferner auch keineswegs etwa bloß Bestand und Gedächtnis ausgebildet werden sollen, vielmehr der ganze Reich der Organismus dieser Arbeit ist, so liegt die Reform des öffentlichen Festens durchaus in ihrem Bereich. Denehin wird sich derselben kaum wer anders ernstlich annehmen. Die communalen Behörden und Bestreben pflegen sich dafür ebensowenig ein Mandat beizulegen, wie der Kaiser und die deutschen Fürsten darauf eingehen wollten, bei der Gedankensatz voranzutreten. Sie überlassen die Nation ihrer eigenen freien Selbstbestimmung, und es war so auch wohl am besten. Sie bedenken ihr damit gewissermaßen die volle politische Reife und Mündigkeit. Bei der Gedankensatz, wie sie sich nun in den verfliegenen acht Jahren gestaltet hat, tritt die Selbstständigkeit des Bürgerthums mit einer ruhigen Macht hervor, deren wir uns wohl einmal ausdrücklich bewußt werden dürfen. Es giebt Städte und Dörfer im Vaterlande genug, wo die gesammte Bevölkerung sie feiert, ohne daß eine widerwärtige Stimme laut würde. Selbst die Behörden setzen da mit, aber nur vermöge des allgemeinen Impulses der Massen, nicht, daß die Feier von ihnen irgendwie ausginge oder betrieben und gefördert werden müßte. Es ist aber wesentlich auch gerade das Bürgerthum in Stadt und Land, das hierbei activ wird und schöpferisch wirkt. Vom „Ael“ sind z. B. die so zahlreichen Officiere am 2. September regelmäßig bei den Truppenübungen im Felddienst beschäftigt, so daß sie leider gewöhnlich gar nicht mitfeiern können; die Geistlichkeit hält sich überwiegend aus freien Stücken fern, und den Arbeiterstand lassen keine socialdemokratischen Einflüsse bisher ebenfalls in Masse nicht recht mitmachen. Trop-

dem bekommt man auf zahllosen Punkten der deutschen Erde von der Gedankensatz den Eindruck eines wahrhaft vollstündlichen Vorgangs. Zugleich aber arbeiten seine Veranlasser überall noch fort an der Verschönerung und Bereicherung des Festes. Das muß auf der einen Seite als ein kräftiges Zeugnis gelten, was das Bürgerthum im heutigen Deutschland bedeutet, und seinen Rath auch für ernsthaftere Pflichten und Unternehmungen erheben; auf der anderen Seite stellt es in Aussicht, daß ein verjüngender Reformtrieb sich bald der hergebrachten alten Festlichkeit gleichfalls bemächtigen wird. Es giebt da noch viel anzusetzen und soviel negativ wie positiv für die Gesundheit des öffentlichen Lebens viel zu gewinnen, wenn die Thatkraft der jubelnden Volkstheile erst einmal darüberkommt.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 16. September.

Die Augen der Welt werden am nächsten Sonnabend, den 20. September, auf die schöne und leichtlebige Kaiserstadt an der Donau, auf das „Paris“ des Ostens, auf Wien gerichtet sein. Niemand anders als der gewaltige deutsche Kanzler, Fürst Bismarck, wird zu einem freundschaftlichen Besuche dorthin erscheinen, um nebenbei (um einmal mit Heinrich Heine zu reden) mit seinem „hohen Mitsprechenden“, dem Grafen Andrassy, den Abluß einer neuen Phase der Zeitgeschichte zu befestigen. Man schreibt uns mit Bezug auf die bevorstehende „Entreue“ aus Berlin wie folgt: „Der Schlichter beginnt sich zu lästern, der bisher die für den 21. d. M. vorsehende Reise des Fürsten Bismarck nach Wien verhielt. Diplomatische Persönlichkeiten denken an, daß zwischen Deutschland und Oesterreich der Abluß eines Vertrages geplant werde, welcher den beiden Mächten den Besitzstand ihrer Territorien garantiren solle. Bis zu welchem Punkte die Vorberhandlungen über jenes hochwichtige Vertragsproject schon gelangt sind, vermag unser diplomatischer Gewährsmann nicht anzugeben. Aber unzweifelhaft erscheint es ihm, daß die Declaration der russischen Truppen nach anderer Disposition und ihre eventuelle Aufstellung Gegenstand gewichtiger Bedenken in unserem großen Generalstab gewesen sind. Um nicht militärische Reciprocity-Regeln ergreifen zu müssen, beabsichtigt Deutschland, einen festen Damm gegen die Politik zu schaffen, die von russischen Staatsmännern trotz Allem und Allem festgehalten wird und deren Consequenzen Europa eines Tages überraschen könnten. General Rautensfel war in die Lage versetzt worden, die beiderseitigen Bestrebungen vom militärischen Standpunkte dem Grafen Alexandrow gegenüber zu betonen, und bei der Zusammenkunft in Alexandrow sind diese Bestrebungen nicht so entkräftet worden, wie Fürst Bismarck es wünscht. Unser diplomatischer Gewährsmann versichert, daß die Aufgabe Bismarck's in Wien zunächst darin bestehe, Frankreich alle Allianzen abzugraben. Jedemfalls werde die Reise des Fürsten an das kaiserliche Hoflager in Wien die Wintercampagne der Diplomatie mit einem Vertrage der beiden allirten Mächte eröffnen, der nicht bloß ihre Territorien, sondern auch Europa den Frieden garantiren soll.“

Die Wiener Zusammenkunft mußte in St. Petersburg die maßgebenden Kreise natürlich höchst empfindlich berühren. Am giftigsten werden sich einige Organe der slavophilen Presse. Die „Neue Zeit“ verspottet, anerkennend jedoch mit etwas gepreßtem Herzen, den Fürsten Bismarck als Wanderdiplomaten. Sie schreibt: „Fürst Bismarck wird in Wien erwartet, obgleich er erst vor Kurzem die Entree mit dem Grafen Andrassy in Sossin hatte und dort viel erfahren, ja selbst entscheiden konnte, was nicht that. Längst schon hat die politische Welt sich davon entzündet, den deutschen Kanzler in der Rolle eines Wanderdiplomaten zu erblicken. Damals war, als

Oesterreich den ersten Platz im deutschen Bundes einnahm, mußte Fürst Bismarck andere Diplomaten ausweichen, seit dem Tage der für Preußen so glücklichen Schlacht von Sedan aber sind viele Diplomaten bei ihm gewesen, er selbst empfing sie bloß bis zur Ermüdung. Im vorigen Jahre versammelte sich „ganz Europa“, vom Grafen Beaconsfield an bis zum Grafen Schadowitz, bei ihm. Damals erscheint es etwas seltsam, den deutschen Kanzler in der Rolle eines Diplomaten auf der Suche zu sehen. Freilich müssen die Gründe dazu höchst wichtig sein. Der Hauptgrund scheint darin zu bestehen, daß er seine äußere Politik in den letzten Jahren der bedenklichen Lage Deutschlands im Centrum Europas nicht anpasste. Der ehrliche Walter heute den Wunsch, es Allen auf dem Congresse recht zu machen, und hat es, allem Anschein nach, Niemandem recht gemacht, da sich die Nothwendigkeit für ihn herausgestellt hat, sogar Oesterreich den Hof zu machen.“

Die neue Mittelpartei der Berliner „Provinzial-Correspondenz“ hat, wie zu erwarten stand, ein vollständiges Fiasko gemacht. Das bloße officöse Belieben war nicht mächtig genug, den Verband der national-liberalen Partei zu brechen und aus deren Trümmern unter Herbeiziehung conservativer Kräfte eine sichere Regierungsmajorität zusammenzusetzen. Die preussisch-deutsche Regierung wird daher fortwährend auf die Fälligkeit der Ultramontanen angewiesen sein. Dazu muß denn auch Herr v. Puttkamer die Hand bieten. Man schreibt uns aus Berlin vom Montag: „Die Antwort des neuen Cultusministers auf die bekannte Eingabe des westfälischen Clerus hat die Vermittlungswünsche Derjenigen gesteigert, welche glauben, daß es mit der rücksichtlosen Bewegung in Staat und Kirche gar nicht so schlimm sein werde, wie man nach dem Rücktritt Fall's annehmen geneigt war. Sie denken jetzt ganz ernstlich an die Bildung einer gowbernemental-liberalen Mittelpartei, welche die Regierung abhalten soll, sich den Conservativen und Reactionen in die Arme zu werfen. Unter den hier lebenden früheren Abgeordneten ist man der Ansicht, daß in dem demnächst zusammenzutretenden Abgeordnetentag sich schwerlich jene Elemente zu finden sein werden, die sich zur Bildung einer solchen Partei hergeben möchten. Diejenigen, welche auf die Programme der beiden liberalen Parteien gemißt sind, werden in der Kirchen- und Schulpolitik keine anderen Wege einschlagen können, als die bisher verfolgten. Bei dieser Gelegenheit wird von liberaler Seite gefordert, daß man über die Haltung des Herrn von Puttkamer, die offenbar auf höheren Weisungen beruht, durchaus nicht überrascht sein kann. Man sehe darin nur die Wahrung jener vorchristlich-mäßigen Politik gegenüber der Kirche, der sich kein preussischer Staatsmann entziehen könne. Auch habe der Cultusminister in dem Actenstück, das die Autorität des Staates wahr, seine orthodoxyen Gesinnungen und seine Sympathien für die kirchliche Beeinflussung der Schule nicht im Geringsten geleugnet. Man fügt seitens jener früheren Abgeordneten hinzu, daß es der Regierung, also in erster Linie dem Reichskanzler, als dessen Werkzeuge doch immer nur die Minister gelten können, zunächst nur darauf ankommt, den Liberalismus zu brechen. Dies sei aber dasselbe Ziel, welches die vereinigten Reactionen und Conservativen im Auge haben und das eben nur durch geschlossenes Vorgehen der vereinigten Liberalen vereitelt werden kann.“

Wir lassen diesem Berichte einige Wahlwahrheiten folgen, welche den Reichstag wie den preussischen Landtag betreffen. Man schreibt uns aus Berlin vom Montag: „Nach den neuesten Berichten aus Lauenburg hat bei der dortigen Reichstagswahl der Candidat der National-liberalen Westphal die meisten Stimmen (3293), aber nicht die absolute Mehrheit erhalten. In 14 Tagen wird eine Stichwahl stattfinden, aus welcher der Candidat der Liberalen unzweifelhaft als Sieger hervorgehen wird, wie bezüglich

Mittheilungen aus dem Wahlkreise verzeichnen. Das bisherige Resultat der Wahl in Lauenburg hat in diesem liberalen Kreise eine um so freudigere Zuversicht in den endlichen Sieg der Partei hervorgerufen, als bekannt ist, daß mehrere der gemäßigten liberalen Partei angehörige Wähler, die bei der vorigen Wahl für Dr. Hammacher eintraten, sich der Abstimmung enthalten haben, aber bei der Stichwahl nicht fehlen werden. Es ist Dies um so begreiflicher, als die liberale Partei Lauenburgs zum großen Theile aus entschiedenen Gegnern der Bismarck'schen Wirkthatspolitik besteht. Es war Dies beinahe ein Grund, weshalb Dr. Hammacher auf seine Candidatur in Lauenburg, die er doch nur auf die liberale Partei hätte stützen können, verzichtete. In diesem conservativen Kreise erhalten bereits laute Klagen über die lauenburgischen Gesinnungsgenossen, welche ihre Pflicht nicht in vollem Maße gethan haben sollen. Von dort sind zugegangene Berichte versichern das Gegentheil. Die agrarischen Wähler durchzogen das Ländchen nach allen Richtungen und Alle hatten die Absicht eines Briefes des Grafen Herbert Bismarck in der Tasche, in welchem er Herrn v. Schrader der Kunst der Wähler empfahl. Hinzugewügt wird, daß seitens der Bismarck'schen Partei Alles angeboten wurde, um das auf der Rennbahn und in socialistisch-agrarischer Welt gezogene Exemplar eines Dankes in die parlamentarische Arena einzuführen. Der erste Coup mißlang, und die Stichwahl wird die Niederlage des Kammerjunkers von Schrader vervollständigen. — Dr. Paster wird aus der Schweiz, wo er gegenwärtig weilte, nach Frankfurt a. M. gehen, um vor seinen Wählern zu sprechen. Seine hiesigen Freunde sind nicht der Meinung, daß seine Wahl in Frankfurt gescheitert sei. Die früheren Abgeordneten für Waldburg und Reichenbach, Dr. Braun und Lipke, haben auf ihre Wahl in diesen Kreisen verzichtet und dem dortigen Comité davon schriftliche Anzeige gemacht. Die Vertrauensmänner der beiden Wandfelder Wahlkreise haben in ihrer vor einigen Tagen abgehaltenen Zusammenkunft den früheren Vertreter, Herrn Sombart, wieder ausgestellt. Die schützöllnerische Partei, etwa 5000 Mann stark, stimmt für den Gegner Sombart's, der früher zur liberalen Partei gehörte. Dr. Hammacher bewirbt sich nicht um sein früheres Abgeordnetenmandat für Essen-Duisburg. Es verlaunt jedoch von dort, daß trotz der Abneigung der Conservativen gegen die Wahl Hammacher's seine Aufstellung seitens der Liberalen befürwortet wird. — Wenn man nach dem Vorn urtheilen wollte, den diesmal die conservative Wahlbewegung in Berlin verurteilt, so müßte man die neuen liberalen Landtagsmandate der Hauptstadt für ernstlich bedroht erachten. Am Sonnabend Abend hatte der „Neue Bismarck“, in dem sich alle Schattierungen der reactionären Partei, vom Hochort und Schutzöllnerischen Großfabrikanten bis zum selbstständigen Handwerker und christlich-socialen Arbeiter, vereinigt finden, im Vorjahren Saale, der seit langen Jahren zum Versammlungsort für die Liberalen des Nordens und Nordwestens von Berlin dient, eine nach vielen Hundert Köpfen zählende Gesellschaft zusammengebracht, von welcher über die Gilden des Liberalismus undarmherzig Bericht gehalten wurde. Man sprach von der „berückichtigten“ Rede, welche der Oberbürgermeister von Hovdenbeck „unter den milden Thieren“ (bei dem Banket im Zoologischen Garten) gehalten, und prophezeite der conservativen Sache wenigstens im dritten Berliner Landtagswahlkreise den Sieg. Wie wenig Bismarck diesen Kreis, den er seit langen Jahren vertritt, gefährdet hält, beweist der Umstand, daß er schon seit einigen Tagen eine wissenschaftliche Reise angetreten hat, von der er schwerlich vor dem 30. September zurückkehren wird.“ So weit der Bericht. Die „Nat.-Ztg.“ begleitet die Lauen-